Vortrag zum Thema

Ungleichheit und Steuergerechtigkeit – Politik zwischen Neoliberalismus und Gemeinwohldenken

1. Kontext: Wachsender Graben zwischen reich und arm, Steuergesetze und Steuerverwaltung

2. Wie ist die Perspektive für Veränderungen nach der Bundestagswahl?

3. Plädoyer für eine Gemeinwohlorientierte Politik in Europäischem Kontext

am

Samstag, den 30. September 2017

im Kolpinghaus Eichstätt,

Burgstraße 3

von 9:45 Uhr - ca. 11:30 Uhr

Eintritt frei

Referent:

Pater Jörg Alt

KOLPING

Deine Gier schadet dem Wachstum !!
Mindest-lohn 8,5 €
NICK ANDERSON

Armutentwicklung

Der am weitesten verbreitete Maßstab in der Armutsdiskussion ist der des Armutsrisikos bzw. -gefährdung (= alle, die 60% oder weniger des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung erhalten). Anzahl in Prozent der Gesamtbevölkerung in Bayern:

2009	2010	2011	2012	2014	2015
13,7	13,8	14,1	14,3	11,5	11,6

Quelle: Berichte zur sozialen Lage 2012,2013,2017

Aber: Sind alle statistisch korrekt erfasst? Wie groß ist der Anteil an Armen, die den Behörden unbekannt sind?

- Verschämte
- Stolze
- Unwissende
- Kranke
- Nicht berechtigte
- Verdeckte & Versteckte
- …..

Und: Wie ordnen wir die ein, die zwar arbeiten, aber nicht genug zum Leben verdienen, „materielle Entbehrung leiden“, aber nicht „arm“ sind, die einer „Risikogruppe“ angehören…

Über Armut wissen wir sehr viel. Gleichzeitig wird viel Anstrengung darauf verwandt, um die Zustände per Statistik zu beschönigen.

Desungeachtet steigen selbst im reichen Bayern seit Jahren die

- Zahl der Wohnungslosen
- Zahl der Haushalte ohne Vermögen
- Überschuldung der privaten Haushalte
- Armutsgefährdungsquote bei Rentnern (über Bundesdurchschnitt!!)
- Anzahl der Bezieher von Grundsicherung (Anzahl der Kinder!)

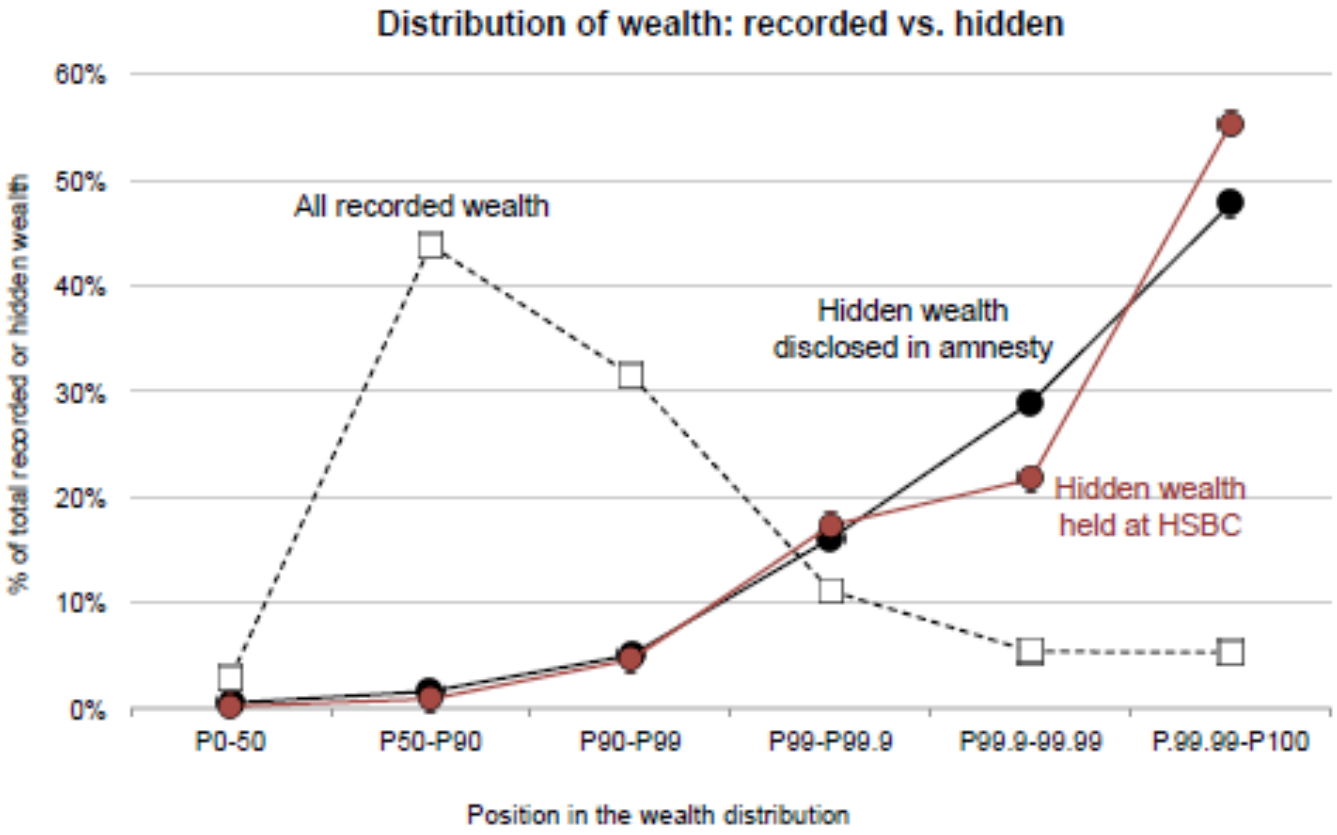
Und: Das „preisbereinigte Äquivalenzeinkommen“ sank 2003-2013 bei Selbstständigen, Arbeitern, Arbeitslosen, Beamten und Rentner (es steigt bei Pensionären und Angestellten)

Reichtumsentwicklung

Was	Wann	Wieviel	Quelle
Personen mit bedeutenden Einkünften (=Einkommen über 500.000 Euro), ganz Bayern	2013	2.512	Bayerischer Landtag
Euro-Einkommensmillionäre, ganz Bayern	2010	3.132	Bayerisches Statistisches Landesamt
Ultra High Net Worth Individuals (> 30 Millionen Euro), nur München	2013	1.113	Knight Frank Reichtumsbericht
Ultra High Net Worth Individuals, nur München	2013	1.805	Wealth-X/UBS Reichtumsbericht

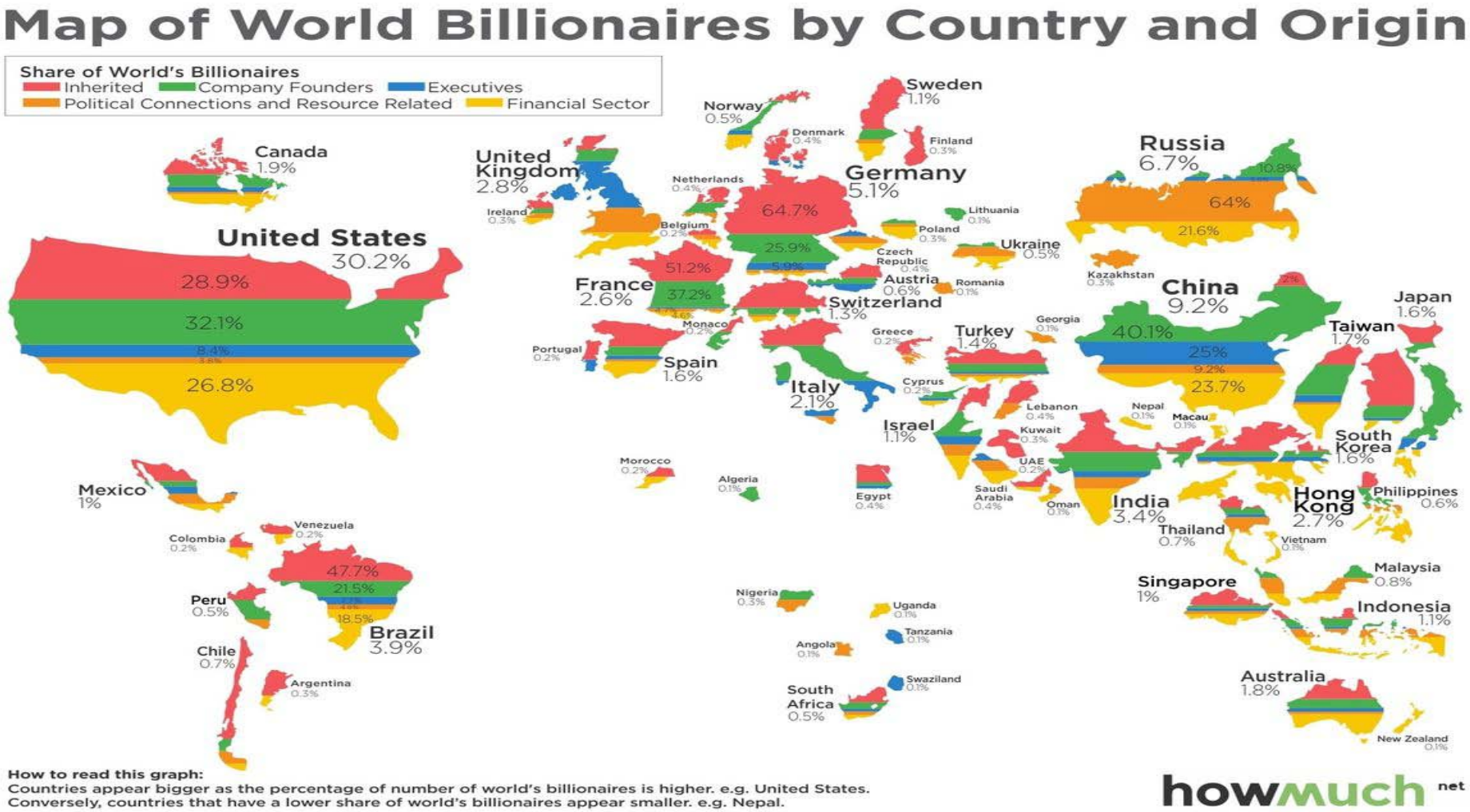
Aus Deutschland ruhen schätzungsweise 554.720.000.000 USD Privatvermögen auf Offshore-Konten, d.h. 16% des BIP (bei einem geschätzten Vermögen von 4.006.556.970.543€ (Top 1%)

Ergo: Niemand weiß, wie reich die Reichen sind!



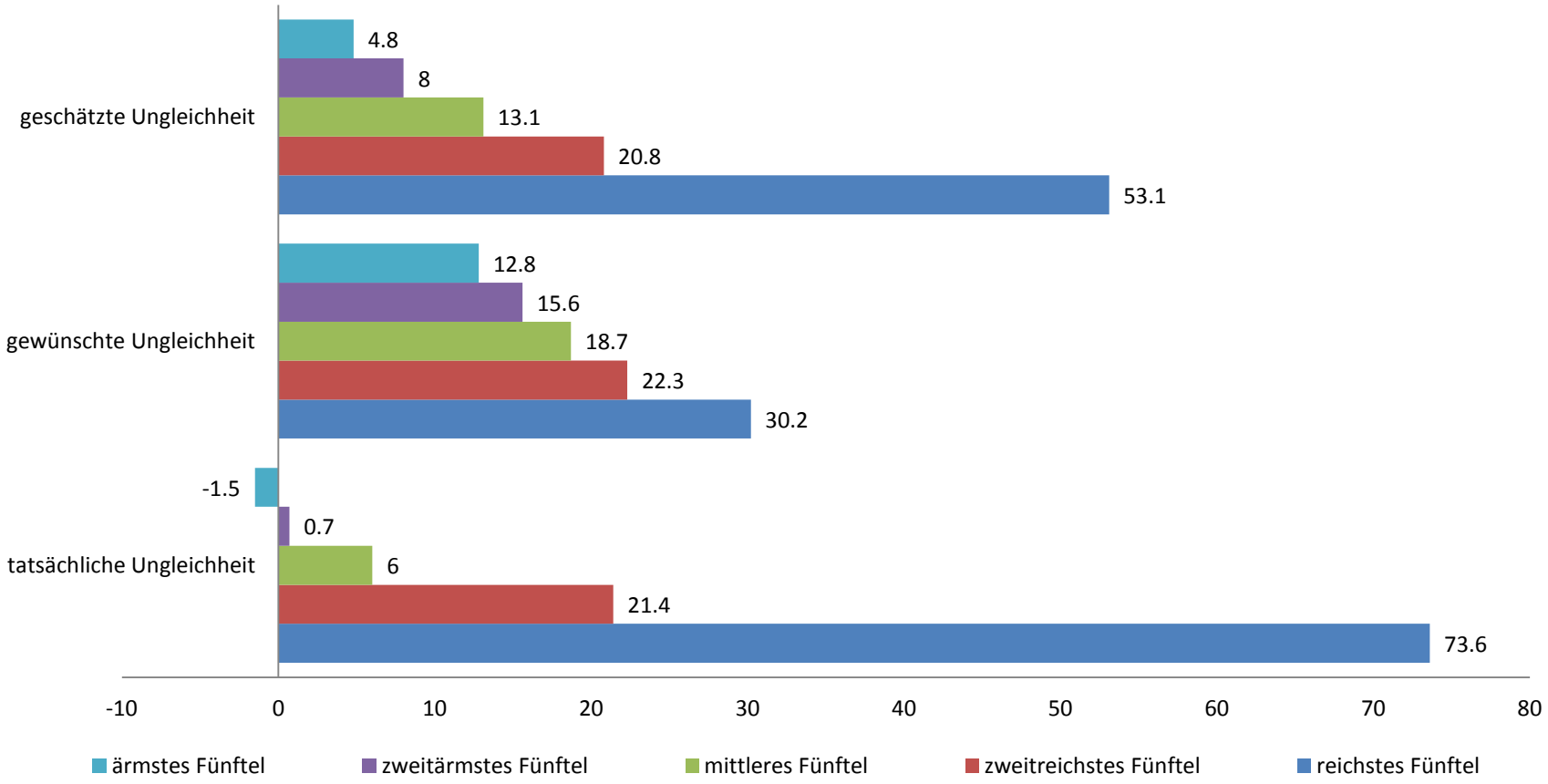
Zucman, G. et al. (Sept. 2017) Tax Evasion and Inequality

Die Welt der Milliardäre



Freund/Oliver (2016) The Origins of the Superrich: The Billionaire Characteristic Database

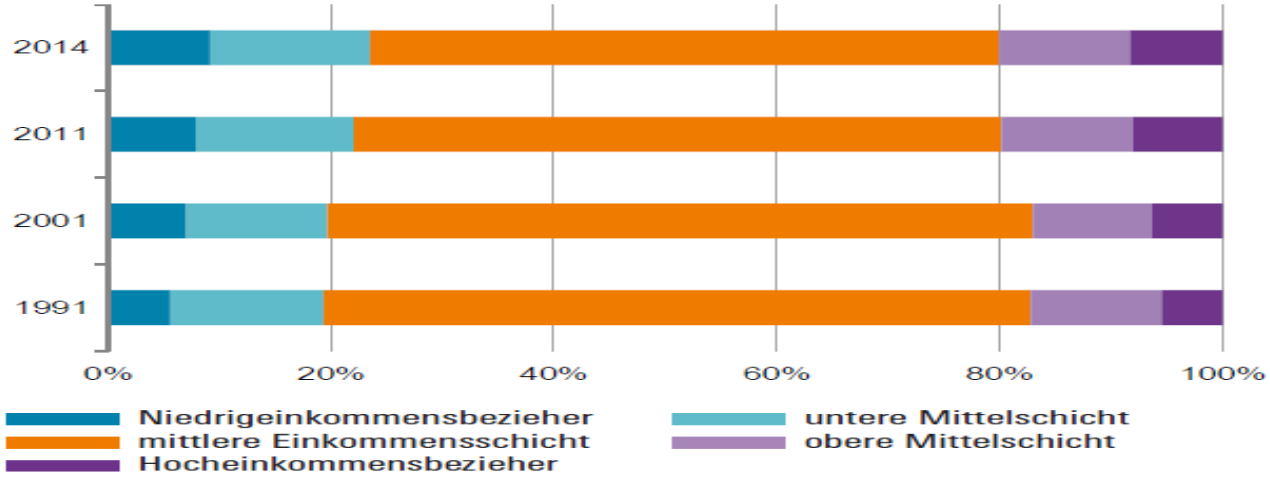
Vermögensungleichheit in Deutschland



Herrmann, A. (2017) Empfundene Ungleichheit und Wahlverhalten

Die Polarisierung nimmt zu

Entwicklung der mittleren Einkommensschicht



Anmerkung:
Personen werden anhand ihrer verfügbaren Einkommen folgenden fünf Schichten zugeordnet:

- Niedrigeinkommensbezieher: Einkommen von weniger als 50 % des Medianeinkommens
- Untere Mittelschicht: Einkommen von mindestens 50 % aber weniger als 70 % des Medianeinkommens
- Mittlere Einkommensschicht: Einkommen von mindestens 70 % aber weniger als 150 % des Medianeinkommens
- Obere Mittelschicht: Einkommen von mindestens 150 % aber weniger als 200 % des Medianeinkommens
- Hocheinkommensbezieher: Einkommen von mindestens 200 % des Medianeinkommens.

Quellen: SOEP 32l; Berechnungen des IMK.

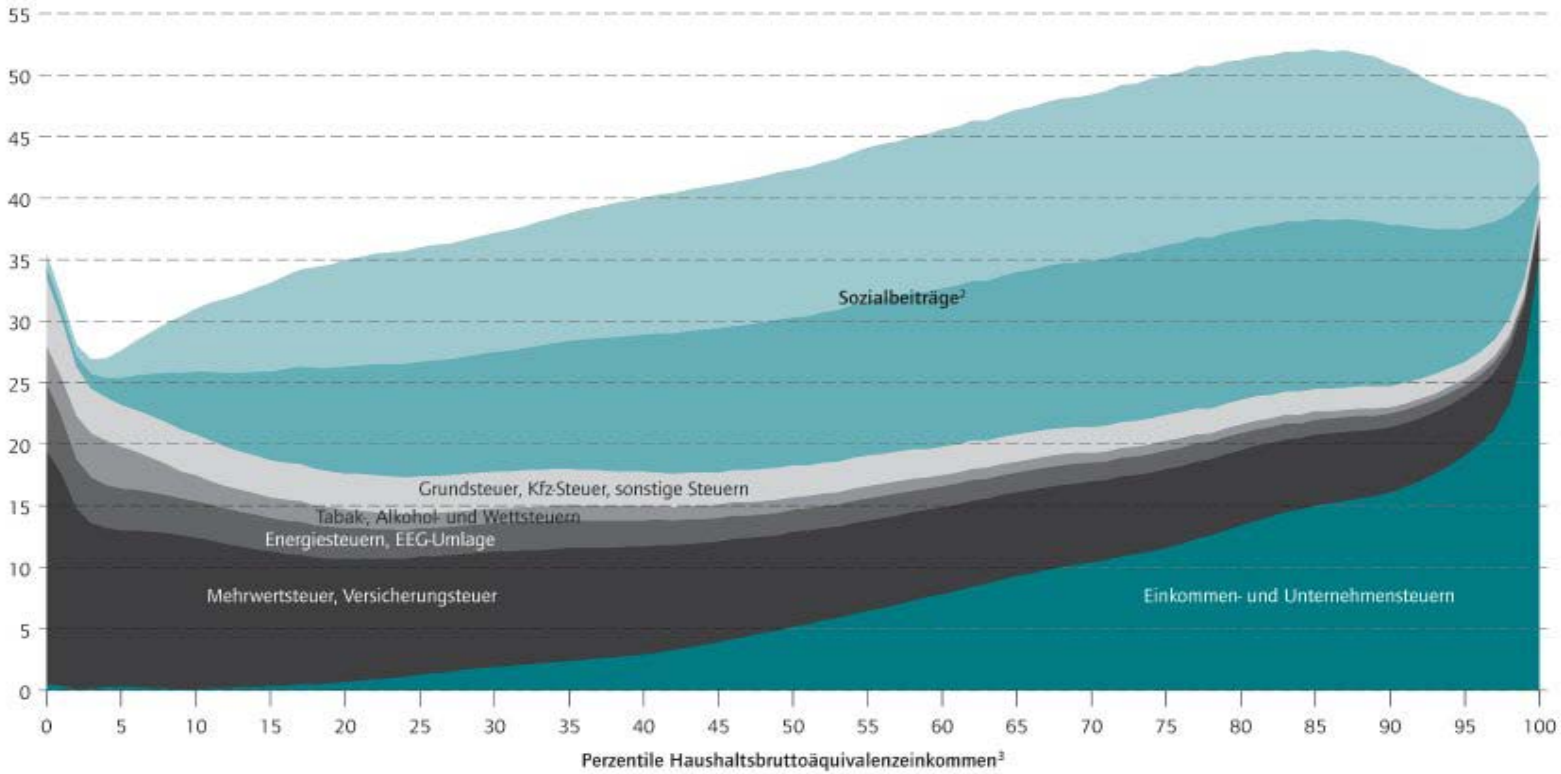
IMK

Horn, G. u.a. (2017) Was tun gegen die Ungleichheit?

Relative Belastung durch direkte & indirekte Steuern sowie Sozialabgaben: Bei Armen und Reichen gleich!

Steuern und Sozialbeiträge in Prozent des Haushaltsbruttoeinkommens 2015[1]

Integrierte Datenbasis SOEP und EVS sowie Einkommensteuerstatistik



1 Werte polynomisch geglättet.
2 Hälftige Aufteilung der Sozialbeiträge.
3 Äquivalenzgewichtet mit der neuen OECD-Skala.

Quelle: Integrierte Datenbasis SOEP und EVS sowie Einkommensteuerstatistik, fortgeschrieben auf 2015.

Bach u.a. (2016) Wer trägt die Ungleichheit in Deutschland?

These: Wachsende Einkommens- und Vermögensungleichheit liegt nicht nur, aber auch, an Entwicklungen im Steuerrecht.

	1996	2016
Einkommensteuer	53%	45% („Reichensteuer“)
Steuer auf Kapitaleinnahmen	53%	25%
Körperschaftsteuer	45%	15%
Vermögensteuer	1% (natürliche Personen) 0,6% (Körperschaften)	0%
Erbschaft- und Schenkungsteuer	Viele Ausnahmen	Viele Ausnahmen

Alt (2016) Wir verschenken Milliarden

These: Die Steuerverwaltung ist dem Zuwachs an Aufgaben und Arbeit nicht gewachsen, das geht auf Kosten der Einnahmen.

Einwohnerzahl	11,24 Millionen (1990)	12,92 Millionen (2014)

Firmen nach Größe	2003	2013
Großbetriebe	6.906	37.067
Mittlere Betriebe	12.760	158.054
Kleine Betriebe	22.006	211.882

Steuerbeamte 2003: 15.143	Quelle: Bayerische Steuergewerkschaft

Steuerbeamte 2014	Quelle
19.063 = 16.261,8 MAK ?	Bayerisches Landesamt für Steuern (zählt Oberbehörde mit!)
14.793 ? (Teilzeit berücksichtigt)	Bayerische Steuergewerkschaft
14.791 ?	Bayerischer Oberster Rechnungshof

Alt (2016) Wir verschenken Milliarden

Tabelle Betriebsprüfungsturnusse, in Jahren

	2009	2010	2011	2012	2013	Vorgabe
Großbetriebe	4,5	5,0	4,9	5,12	5,12	4
Mittlere Betriebe	15,1	16,1	9,9	22,19	22,19	8,4-10,5
Kleine Betriebe	22,9	37,1	40,8	40,26	47,4	14,4-20

Tabelle Durchschnittliches Mehrergebnis pro Prüfungsfall in Euro

	2009	2010	2011	2012	2013
Großbetriebe	329.162	321.563	298.576	589.582	277.344
Umsatzsteuer	38.743	29.716	41.347	29.137	34.190
Steuerfahndung	274.000	286.000	450.000	188.000	254.000

Tabelle Durchschnittliches Mehrergebnis in München bzw. außerhalb Münchens

	München Pro Fall	München Pro Prüfer/Jahr	Außerhalb Pro Fall	Außerhalb pro Prüfer/Jahr
Betriebsprüfung (KMUs!)	543.000		405.000	
Lohnsteuerprüfung	570.000		280.000	
Steuerfahndung	452.000	2,2 Millionen	161.000	830.000

Alt (2016) Wir verschenken Milliarden

Übersicht über relevante Positionen zu Steuern & Abgaben in den Wahlkampfprogrammen

Wiesbaden-Limburg	CDU CSU	SPD	DIE LINKE.	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	Freie Demokraten FDP	Alternative für Deutschland
Vermögensteuer einführen	Keine Angabe ☹	Keine Angabe ☹	Ja, 5 % ab 1 Million ☺	Ja, Vermögensteuer ☺	Fehlt ☹	Ablehnung ☹
Transaktionssteuer einführen[1]	Keine Angabe ☹	Ja ☺	Ja, 0,1 % ☺	Ja ☺	Fehlt ☹	Keine Angabe ☹
Spitzensteuersatz anheben[2]	Keine Angabe ☹	Ja, auf 45 % 😐	Ja, auf 53 % ☺	Ja, jedoch ohne Prozentangabe ☺	Nein ☹	Keine Angabe ☹
Öffentliches Investitionsprogramm	Mittel für Infrastruktur stabilisieren 😐	Ja, durch Haushaltsüberschüsse 😐	Ja, 120 Milliarden jährlich ☺	Ja, ohne konkrete Zahlen 😐	Verkehrsinfrastrukturpro-gramm ☹	Ablehnung ☹
Nein zur Rente mit 67	Rente 67 bleibt ☹	Rente 67 bleibt ☹	Nein zur Rente mit 67 ☺	Rente 67 bleibt ☹	Keine Angabe ☹	Keine Angabe ☹
Deutliche Anhebung Rentenniveau[3]	Niveau sinkt ☹	Aktuelles Niveau stabilisieren 😐	Ja, 53 % ☺	Aktuelles Niveau stabilisieren 😐	Nein, Koppelung an Lebenserwartung ☹	Keine Angabe ☹
Alle rein in die gesetzliche Rente	Kein Aussage ☹	Absicherung Selbständiger 😐	Ja, Erwerbstätigen-versicherung ☺	Ziel Bürgerversicherung ☺	Ablehnung ☹	Ablehnung ☹
Parität in gesetzlicher Krankenversicherung[4]	Arbeitgeberbeitrag einfrieren ☹	Wiederherstellung Parität ☺	Wiederherstellung Parität ☺	Wiederherstellung Parität ☺	Keine Angabe ☹	Ja ☺
Alle in die gesetzliche Krankenversicherung	Keine staatliche Einheitsversicherung ☹	Ziel: Bürgerversicherung ☺	Bürgerversicherung ☺	Ziel Bürgerversicherung ☺	Ablehnung ☹	Keine Angabe ☹
Längeres Arbeitslosen-geld für Ältere[5]	Ablehnung ☹	Verlängerung bei Qualifizierung 😐	Keine Angabe ☹	Keine Angabe ☹	Ablehnung ☹	Keine Angabe ☹
Deutliche Anhebung von ALG II[6]	Transparentes Verfahren 😐	Mehr Freibetrag auf Vermögen 😐	Ja ☺	Erhöhung ja, Umfang unklar 😐	Keine Angabe ☹	Gestaffelt ☹
Existenzminimum ohne Sanktionen[7]	Keine Veränderung ☹	Verbesserung für unter 25-jährige 😐	Ja ☺	Ja ☺	Keine Angabe ☹	Keine Angabe ☹

Die IG Metall ist Einheitsgewerkschaft. Sie gibt keine Empfehlung zur Wahl einer Partei. Diese Tabelle dient lediglich der Orientierung, an welchen Punkten es programmatische Übereinstimmungen zwischen der IG Metall Wiesbaden-Limburg und den politischen Parteien gibt. Die Forderungen können unterschiedlich gewichtet werden, auch kann eine Wahlentscheidung von anderen Gesichtspunkten abhängig gemacht werden: z.B. der Durchsetzungskraft der jeweiligen politischen Partei, von der Glaubwürdigkeit des politischen Personals der Partei, der Koalitionsaussage der Partei usw….. Die AfD haben wir in die Tabelle einbezogen, um aufzuzeigen, dass auch in verteilungspolitischen Fragen keine programmatische Übereinstimmung besteht. Unabhängig davon ist die AfD aus gewerkschaftlicher Sicht unwählbar, weil sie versucht, die Beschäftigten zu spalten und antigewerkschaftlich handelt. Quelle: IG Metall Forderungen lt. OV-Beschluss vom 10.10.2016 (Solidarität entwickeln, Sozialstaat ausbauen, umverteilen!), sowie Wahlprogramme der Parteien.

V.i.S.d.P.: Axel Gerntke, Erster Bevollmächtigter IG Metall Geschäftsstelle Wiesbaden-Limburg

[1] Eine minimale Besteuerung von Aktienkäufen (Börsenumsatzsteuer/ Transaktionssteuer), belastet diejenigen die einmal im Jahr in geringem Umfang Aktien kaufen kaum, betrifft aber Spekulanten die im Sekundentakt Aktien kaufen und verkaufen

[2] Der Spitzensteuersatz in der Einkommensteuer soll angehoben werden, aber erst für deutliche höhere Jahreseinkommen gelten, als heute

[3] Mindestens auf das Niveau, wie es vor der Agenda gegolten hat (= ca. 10% mehr Rente)

[4] Halbe / Halbe–Finanzierung der Krankenversichertenbeiträge durch Arbeitgeber und Versicherte

[5] Auf 36 Monate

[6] Arbeitslosengeld zwei = Hartz IV – Regelsatz

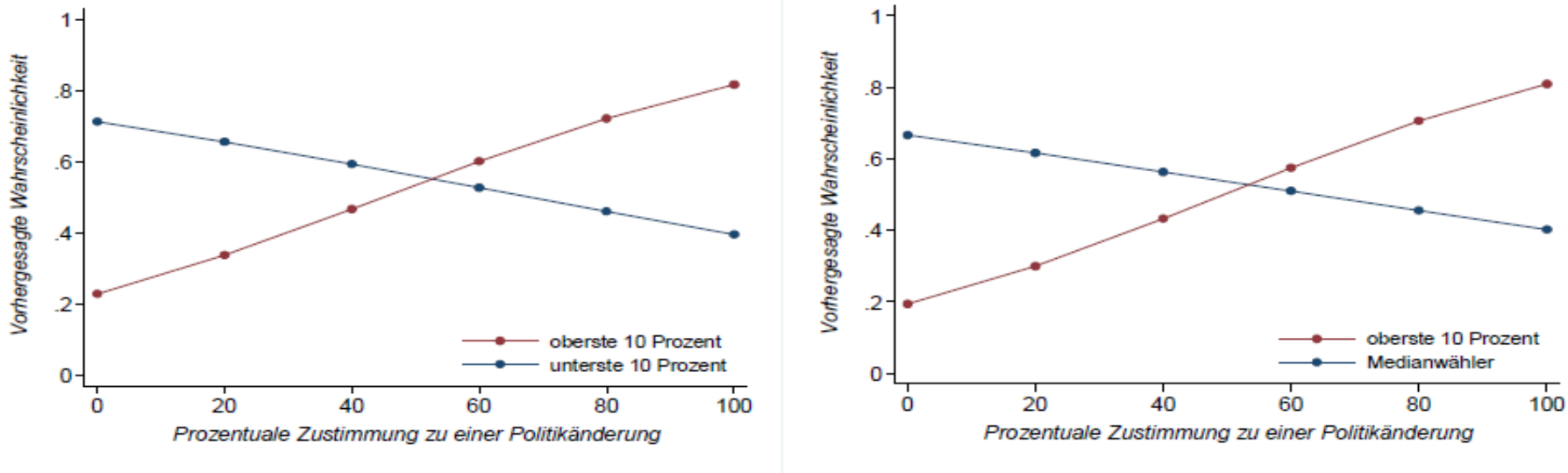
[7] Sanktionen der Arbeitsagentur oder des Jobcenters dürfen nicht so bemessen werden, dass sie das Existenzminimum unterschreiten

IG Metall Wiesbaden-Limburg

	CDU/CSU	FDP	B90/Grüne
Steuersenkung (Abschaffung Soli, Spitzensteuersatz später, Kalte Progression, Mittelstandsbauch…)	+	+	+ (nur untere und mittlere Einkommen)
Gegenfinanziert	Aktuelle Überschüsse	Aktuelle Überschüsse	Steuerfinanz. Umverteilung
Stärkere Belastung Reicher und Vermögender	-	-	+
Höherer Spitzensteuersatz	(?)	-	+ (unklar, ab wann & wie hoch)
Abschaffung Abgeltungsteuer	(+) Wenn Informationsaustausch funktioniert	(?)	+
Finanztransaktionssteuer	(+) Wenn Finanzplatz nicht gefährdet wird	-	+
Erbschaftsteuer reformieren	-	-	+
Vermögensteuer wiederbeleben	-	-	(+) Unklar, ab welcher Höhe
Steuerbetrug bekämpfen	+	+	+
Besteuerungslücken bei Konzernen bekämpfen	+	+	+
Steuerwettbewerb bekämpfen	(+) Nur fairer gestalten	(+) Nur fairer gestalten	(+) Nur schädlichen bekämpfen
Mehr Geld für Bildung, Infrastruktur, Digitalisierung, Wohnraum, Kindergeld…	+	+	+
Gegenfinanziert	(?)	(?)	Überschüsse, Umverteilung
Reform der Sozialsysteme			
Wiederherstellung Paritätische Krankenvers.	(?)	-	+
Alle in gesetzliche Rentenvers.	(?)	-	+ Bürgerversicherung
Rentenniveau steigt	(?)	- Koppeln an Lebensarbeitszeit	Stabilisieren
Existenzminimum ohne Sanktionen	Keine Veränderung	(-) Bürgergeld, nicht bedingungslos	+

Wer bestimmt in unserem Land?

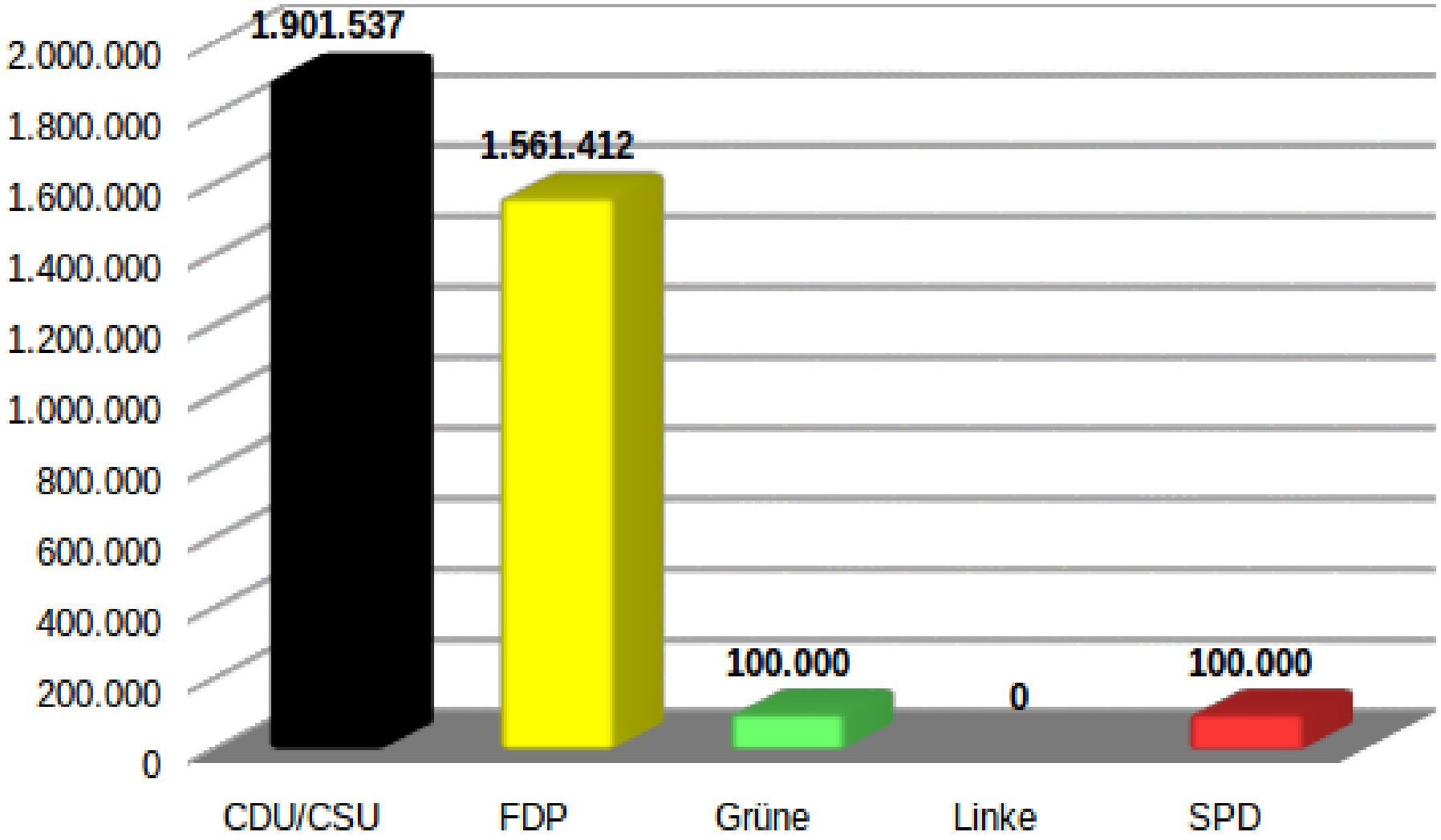
Abbildung 4-10: Öffentliche Meinung und Politikänderung bei großen Meinungsunterschieden zwischen Einkommensgruppen



Daten: Elsässer/Hense/Schäfer 2016
Erläuterung: Die Abbildungen zeigen für jeweils zwei Einkommensgruppen, wie sich die Wahrscheinlichkeit einer Politikveränderung in Abhängigkeit vom Anteil der Zustimmung ändert, wenn große Meinungsunterschieden zwischen den jeweiligen Einkommensgruppen bestehen. In der linken Abbildung sind das oberste und das unterste Einkommensperzentil abgetragen, in der rechten Abbildung das oberste Einkommensperzentil und der Median.
Lesebeispiel: Wenn das oberste und das unterste Einkommensperzentil unterschiedlicher Meinung sind, dann steigt für das oberste Perzentil die Chance einer Politikänderung stark an, wenn viele in der Gruppe sie befürworten. So liegt die Wahrscheinlichkeit einer Umsetzung bei über 80 Prozent, wenn die oberste Einkommensgruppe sie geschlossen befürwortet, und bei nur ca. 20 Prozent, wenn sie geschlossen dagegen ist. Für das unterste Einkommensperzentil dagegen sinkt die Wahrscheinlichkeit einer Umsetzung, wenn viele sie befürworten.

Großspenden an Parteien 2017

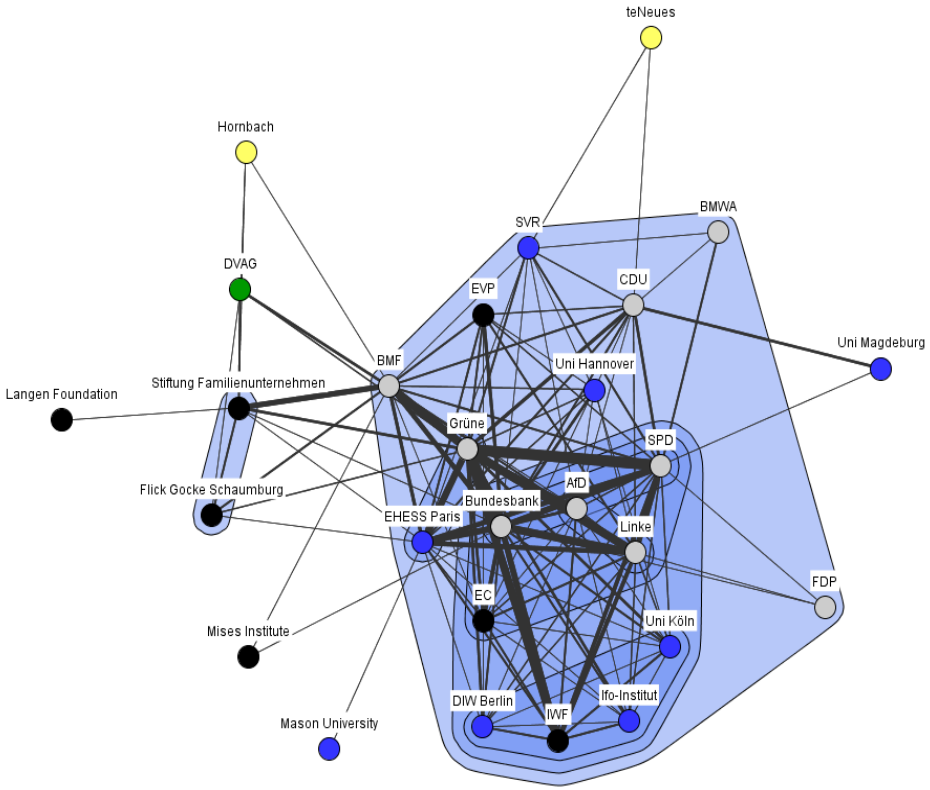
Parteispenden über 50.000 € - Stand: 10.8.2017



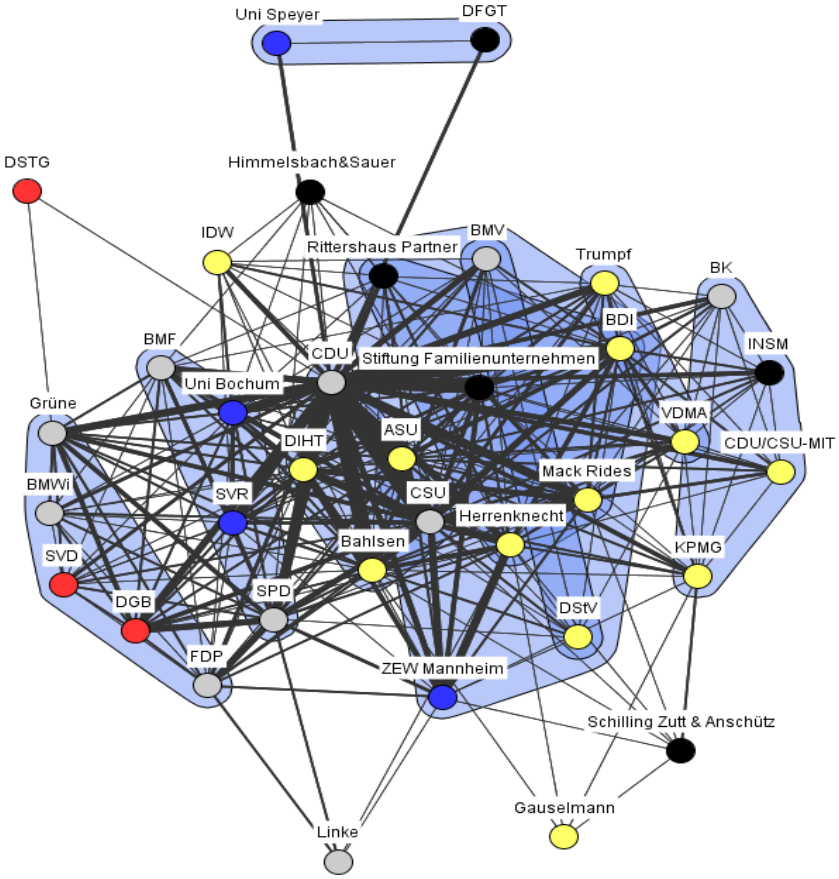
Von Toren und Türen

Diskursnetzwerkanalyse Erbschaftsteuer in FAZ: Lobbyismus at work

Piketty/ vor BVerfG Urteil 2013/14



2. Hälfte 2015



Alexander Leipold Ergebnisse einer Diskursnetzwerkanalyse zur Debatte um die Reform der Erbschaftsteuer in Deutschland, 2013-2016

Woran liegt das?

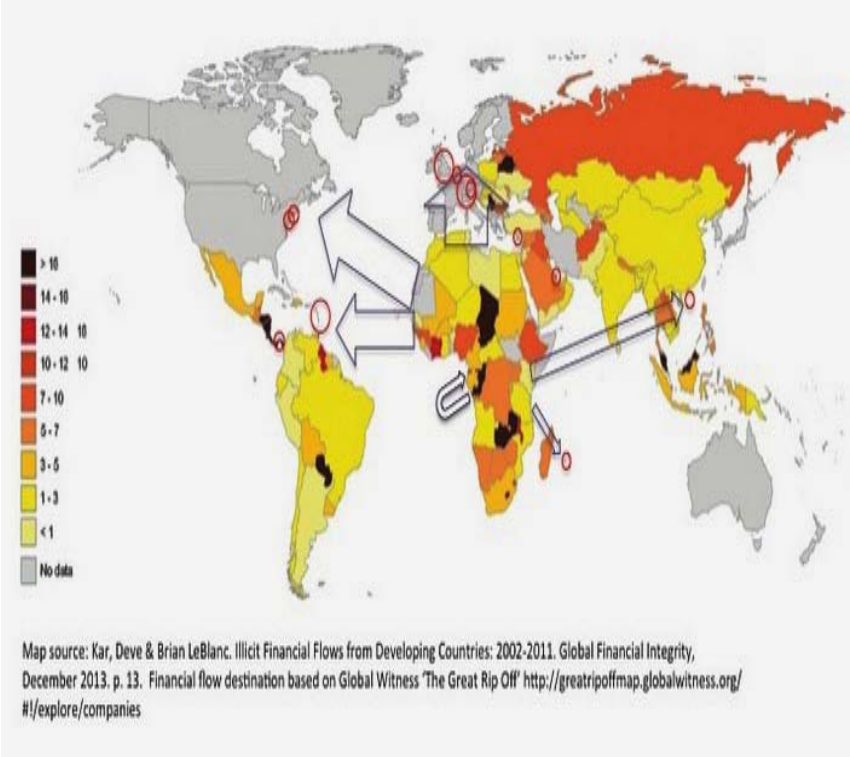
- Immer noch gilt der Trickle-Down und The Rising Tide lifts all boats Glaube an das Primat bzw. die Alternativlosigkeit zum Markt als Wohlstandserzeuger und –verteiler
- Positiv Eliten glauben an bzw. fördern den Standort- und Steuerwettbewerb
- Negativ: Wenn ihr uns besteuert, hören wir auf zu investieren und das kostet eure Jobs.

Warum sollten wir hier etwas ändern?

- Marktgläubigkeit und –dominanz liegt hinter den großen nationalen und globalen Gegenwartsproblemen (a.) strukturelle Probleme bei der Arbeit, (b.) wachsende Ungleichheit, (c.) Klima-, Umwelt-, Ressourcenkrise.
- In einer zunehmend vernetzten Weltgesellschaft, in der Grenzen sinkende Bedeutung haben, kann uns nicht egal sein, „ob in China ein Radel umfällt“ (F. Beckenbauer)

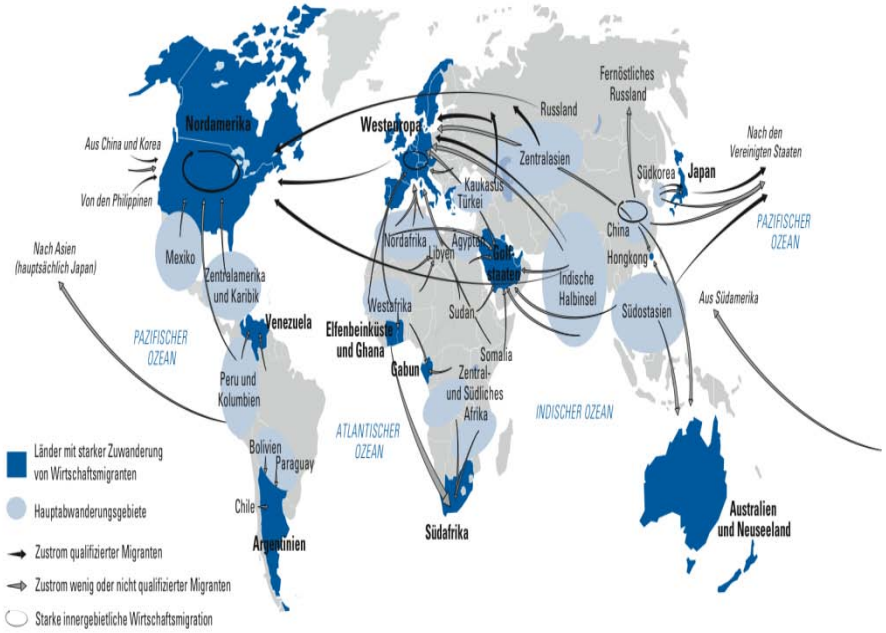
Beispiel: Menschen folgen dem Geld

Illicit Financial Flows



Map source: Kar, Deve & Brian LeBlanc. Illicit Financial Flows from Developing Countries: 2002-2011. Global Financial Integrity, December 2013. p. 13. Financial flow destination based on Global Witness 'The Great Rip Off' http://greatripoffmap.globalwitness.org/#!/explore/companies

„Migrationsströme“



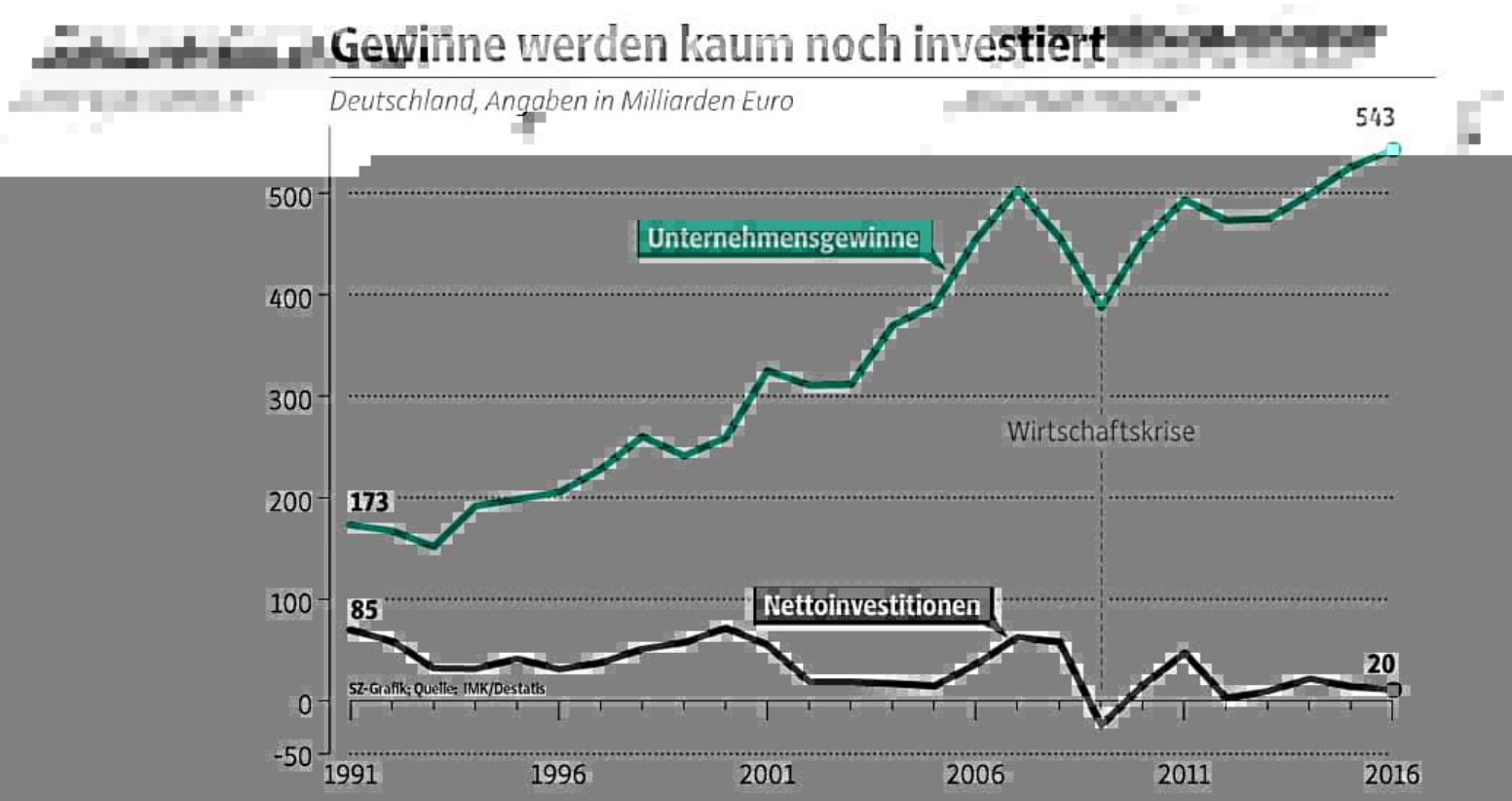
Der Markt als sozial-ökologischer Reformmotor?

Vorsicht bei Schlagworten wie:

- Inklusive(re)s Wachstum!
- Social Entrepreneurship!
- Corporate Social Responsibility!
- Social Impact Investment!
- Green Economy!
- Anwachsen von Mäzenatentum und Philanthropie!

→Wer kontrolliert es? Wem nützt es?
→Oft „Greenwashing“ oder „Philanthrocapitalism“!

Investitionen statt Steuern?



Süddeutsche Zeitung 12.6.2017 Deutschland spart sich sein Wachstum kaputt

Gemeinwohl

- Wir müssen Denken von quantitativem **Wohlstand**swachstum durch qualitatives **Wohlergehen**sdenken ersetzen.
- Ethisch sind wir auch dem Wohlergehen künftiger Generationen verpflichtet.

→Das erfordert das Zurückdrängen von Markt durch Staat und Gesellschaft, bei dem Gegensteuern mit Steuern eine Rolle spielt

Sozialkatechismus Nr. 164+168

- Das Gemeinwohl ist „die Gesamtheit jener Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens, die sowohl den Gruppen als auch deren einzelnen Gliedern ermöglichen, die eigene Vollendung voller und leichter zu erreichen" (GS 26). Es besteht nicht in der einfachen Summe der Einzelgüter eines jeden Subjekts im sozialen Gefüge.
- Die Verantwortung für das Gemeinwohl kommt nicht nur den einzelnen Personen, sondern auch dem Staat zu, weil das Gemeinwohl die Daseinsberechtigung der politischen Autorität ist. Der Staat nämlich muss … die Organisation der zivilen Gesellschaft, deren Ausdruck er ist, dergestalt garantieren, dass das Gemeinwohl durch die Mitwirkung aller Bürger erreicht werden kann.

Konkretion einer Vision durch die Katholische Soziallehre

Zu den anerkannten Prinzipien der Katholischen Soziallehre zählen heute

- Personalität (beinhaltet Menschenrechte),
- Gemeinwohl,
- Subsidiarität,
- Solidarität,
- Allgemeine Bestimmung der Güter (beinhaltet „Option für die Armen“),
- Beteiligung/Partizipation
- Soziale Gerechtigkeit
- Nachhaltigkeit

Unter den Prinzipien der Katholischen Soziallehre fehlen, d.h. sind nachrangig

- Markt,
- Liberalismus/Wettbewerb/Konkurrenz,
- Privateigentum,
- Fortschritt (stattdessen „Entwicklung“),
- Wachstum
- Kapital als Leitwert für die Ordnung des gesellschaftlich/wirtschaftlichen Miteinanders

Gegensteuern mit Steuern (1): Beispiel Club of Rome (2016)

1. Jahresarbeitszeit.
2. Renteneintrittsalter.
3. Neudefinition „bezahlter Arbeit“ (Pflege von Angehörigen…).
4. Erhöhung Arbeitslosengeldes.
5. Erhöhung von Unternehmens- und Reichensteuern
6. Grüne Konjunkturpaket
7. Besteuerung fossiler Brennstoffe.
8. Besteuerung von Emissionen und Rohstoffverbrauch.
9. Erhöhung der Erbschaftssteuern und Beschneidung von Philanthropismus.
10. Förderung gewerkschaftlicher Organisation.
11. Beschränkung des Außenhandels.
12. Förderung kleinerer Familien.
13. Einführung eines existenzsichernden Grundeinkommens.

Maxton/Randers (2016) Ein Prozent ist genug

Gegensteuern mit Steuern (2):

Die **Pigou-Steuer** dient der Internalisierung eines externer Kosten. Wenn sich keine private Lösung zur Internalisierung des externen Effekts ergibt, kann der Staat mittels finanziellen Anreizen oder Auflagen das Verhalten der Marktakteure so verändern, dass die Wohlfahrt maximiert wird.

→ z.B. viele Umweltsteuern, Rohstoffverbrauch, Finanztransaktionssteuer…

Gegensteuern mit Steuern (3)

Die Starken beteiligen	Die Mitte stärken	Die Armut vermindern
1 Unternehmensgewinne effektiver besteuern	9 Das Tarifsystem stärken	13 Mindestlohn schneller steigern
2 Finanztransaktionen besteuern	10 Staatsausgaben verteilungsgerecht gestalten	14 Prekäre Beschäftigung eindämmen
3 Private Steuerhinterziehung verfolgen	11 Mehr Kindergeld statt Familien- oder Ehegattensplitting	15 Gesetzliche Rente stärken
4 Kapitalerträge wieder progressiv besteuern	12 Ein bedingungsloses Kapitaleinkommen	16 Langzeitarbeitslose nicht zurücklassen
5 Spitzensteuersatz wieder anheben		
6 Reaktivierung der Vermögensteuer		
7 Erbschaft- und Schenkungsteuer ohne Privilegien		
8 Reform der Grundsteuer hin zu einer Bodenwertsteuer		

Horn, G. u.a. (2017) Was tun gegen die Ungleichheit?

Eine dem Gemeinwohl verpflichtete Europäische Union?

Artikel 3 „Die Union errichtet einen Binnenmarkt. Sie wirkt auf die nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums und von Preisstabilität, eine **in hohem Maße wettbewerbsfähige** soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, sowie ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität hin. Sie fördert den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt. Sie bekämpft soziale Ausgrenzung und Diskriminierungen und fördert soziale Gerechtigkeit und sozialen Schutz, die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Solidarität zwischen den Generationen und den Schutz der Rechte des Kindes. Sie fördert den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten.

Bayern in einem Europa der Regionen

Die Erneuerung des bayerischen Standortprofils gelingt nicht über Nacht, sondern braucht einen langen Atem – und einige „Anschubinitiativen“ mit Vorbildcharakter. Sie können den Beginn des Wegs markieren und sind dazu geeignet, den notwendigen Wandel einzuleiten. Sieben solcher beispielhaften Initiativen haben wir auf Grundlage unserer Erfahrungen, Analysen und Gespräche mit Vertretern der Wirtschaft, Politik und Kultur skizziert. Sie zielen darauf, alle gesellschaftlichen Akteure einzubinden und sie zu bewegen, gemeinsam den Weg zu einem auch künftig starken und wettbewerbsfähigen Bayern zu beschreiten.

Zukunft der Arbeit

Bayern Energie

Isar Valley – Gründungslab Bayern

Bayern zirkular

Bayern mobil

ConnectSocial – soziale Kohäsion als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Bildung@Bayern

McKinsey (2015) Bayern 2015: Alte Stärke – Neuer Mut